



Die Krankenhäuser im Allgäu stehen unter Druck. Sie müssen unter anderem gesetzliche Vorgaben erfüllen, und beispielsweise Intensivstationen mit vorgegebener Personal- und Medizinausstattung vorhalten. Gleichzeitig fehlt Geld und auch an den Kliniken steigen die Energiekosten. Foto: Ralf Lienert (Archivbild)

Allgäuer Kliniken fürchten um ihre Existenz

Krankenhäusern fehlt Personal, gleichzeitig steigen die Kosten, Zahlungen für Corona-Ausfälle gibt es nicht mehr. Sparen bei Energie und Heizung geht kaum, sagen Verantwortliche. Was sie von der Politik fordern.

Von Thomas Schwarz

Allgäu Mit Sorge blickt Andreas Ruland auf Herbst und Winter: Die steigenden Corona-Zahlen mit mehr Patienten sowie Ausfälle beim Personal beschäftigen den Chef des Klinikverbundes Allgäu mit Häusern in Kempten, Immenstadt, Oberstdorf, Sonthofen, Mindelheim und Ottobereun intensiv. Hinzu kommen massive finanzielle Probleme, die den Kliniken nach seiner Schilderung drohen.

Während der Klinikverbund 2021 noch rund 2,8 Millionen Euro Gewinn erwirtschaftete, befürchtet Ruland für das laufende Jahr ein Minus im siebenstelligen Bereich. Schuld sei vor allem die Pandemie. Die Ausgleichszahlungen für damit verbundene Ausfälle seitens Bund und Länder endeten in diesem Juni. „Damit fehlen uns allein für dieses Jahr rund sieben Millionen Euro“, sagt Ruland. Dieses Geld könne anderweitig nicht erwirtschaftet werden. „Wir können ja nicht mehr Leistungen er-

bringen.“ Und: „Die steigenden Energiekosten machen die Situation nicht besser.“ Das werde sich wohl auch 2023 nicht ändern.

Der Klinikchef appelliert an die Bundespolitik, schnell zu handeln. Eine Möglichkeit sei die Zahlung eines Inflationsausgleichs. Auch



Andreas Ruland

die seit Langem angekündigte Reform der Krankenhausversorgung und des Finanzierungssystems müsse endlich angepackt werden. Spätestens 2024 müsse das stehen. Bis dahin müssten Rettungspakete wie schon Ende 2021 zur Verfügung

gestellt werden. „Leider habe ich den Eindruck, dass Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach nicht erkennt, in welcher Krise die Kliniken stecken.“

Der SPD-Politiker hatte am Montag im Bundestag gesagt, dass er den Kliniken durchaus helfen wolle. Auf die Nachfrage „wann“, erwiderte der Minister: „Rechtzeitig.“ Das stößt auf Unverständnis in den Krankenhäusern. „Rechtzeitig wäre jetzt“, sagt Maximilian Mai, Vorstand des Klinikums Memmingen. Sein Haus hatte im

vergangenen Jahr ein Minus von 1,8 Millionen Euro gemacht. Für 2022 rechnet er mit einer weiteren Verschlechterung. Einsparen zum Beispiel bei Strom und Heizung sei nahezu unmöglich – und mehr Patienten behandeln, um mehr Einnahmen zu haben, klappe wegen Corona und dem Personalmangel nicht. „Die Preise für Behandlungen anheben oder nur ein halbes Implantat ins Knie einbauen, geht

„Dass die Erlöse bei den Kliniken langsamer steigen als die Kosten, ist doch schon seit Jahren bekannt.“

Maximilian Mai, Klinikum Memmingen

auch nicht“, sagt er. „Dass die Erlöse bei den Kliniken langsamer steigen als die Kosten, ist doch schon seit Jahren bekannt.“ Nun funktionieren das System gar nicht mehr.

Die Krankenhausfinanzierung erfolgt in Deutschland bisher nach dem Prinzip der „dualen Finanzie-

rung“: Die Betriebsausgaben der Krankenhäuser, also alle Kosten, die für die Behandlung von Patienten entstehen, werden von den Krankenkassen finanziert – auch die Gehälter der Klinikmitarbeiter. Die Investitionskosten zahlen hingegen die jeweiligen Bundesländer.

Heißt: Bisher rechnen die Kliniken ihre Patienten über Fallpauschalen mit den Krankenkassen ab. Diese reine „Leistungsbezahlung“ sei nicht mehr zeitgemäß, kritisiert Ruland. Ein Mischsystem sei sinnvoller. Dann könnten auch problemloser die Strukturvorgaben des Gesetzgebers – zum Beispiel das Vorhalten einer Intensivstation mit vorgeschriebener Personal- und Medizin-Ausstattung – gestemmt werden. „Derzeit gibt es für einen ambulanten Notfallpatienten 40 bis 50 Euro – das ist nicht rentabel“, sagt Ruland. Bestraft würden so die Kliniken mit Grundversorgung. „Wirtschaftlich rentabel arbeiten können derzeit überwiegend nur die Fachkliniken.“ Ruland geht davon aus, dass der Trend hin zu mehr ambulanten

Behandlungen gehe. „Aber auch die Grundversorgung muss irgendwie gewährleistet bleiben.“

Noch könne der Klinikverbund seine Leistungen erbringen, sagt Ruland. Mittelfristig sei das aber fraglich, wenn die Politik nicht endlich handle. Lauterbach hat am

Dienstag im ZDF „Morgenmagazin“ die „größte Krankenhausreform der vergangenen 20 Jahre“ angekündigt – dabei soll es auch um das System der Fallpauschalen gehen.

Ähnlich wie Ruland sieht auch Ellio Schneider die aktuelle Situation. Der

Geschäftsführer der privaten Waldburg-Zeil-Kliniken (WZK) mit Sitz in Isny zeichnet ein düstres Bild. Denn Privatkliniken wie die WZK mit ihren zwölf Reha-Kliniken könnten ihre Finanzlöcher nicht von Kommunen oder Kreisen stopfen lassen. Auch seine Einrichtungen leiden unter Inflation und hohen Energiekosten, betont Schneider. Er befürchtet, dass viele Reha- und Vorsorgekliniken durch die Explosion der Energiekosten um bis zu 400 Prozent in eine existenzielle Krise geraten werden.



Maximilian Mai